

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller vom 6. Februar 2013

Im Rahmen des laufenden Forschungs- und Evaluierungsvorhabens „Regionalfenster – Erprobung und Evaluierung“ findet ein Test des Regionalfensters unter Realbedingungen statt. Seit dem 18. bzw. 25. Januar 2013 werden die ersten mit dem Regionalfenster gekennzeichneten Produkte in insgesamt 20 Geschäften in den Testregionen verkauft. Einzelheiten zu den Reaktionen der Verbraucher oder der Händler liegen noch nicht vor. Diese Darstellung ist ein Teil des Projekts und wird in diesem Rahmen erfolgen.

98. Abgeordneter
Alexander Süßmair
(DIE LINKE.)
- Welche Tierwohlstandards werden als Kriterien für Investitionshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) nach dem diesbezüglichen Beschluss des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) vom Dezember 2012 zur Anwendung kommen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller vom 6. Februar 2013

Nach der durch den PLANAK am 12. Dezember 2012 gebilligten Neuregelung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) sind Investitionen in langlebige Wirtschaftsgüter ab dem Jahr 2014 nur förderfähig, wenn sie besondere Anforderungen in mindestens einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz und – im Falle von Stallbauinvestitionen – zusätzlich im Bereich Tierschutz erfüllen. Die Anforderungen im Bereich Tierschutz gehen über die bestehenden gesetzlichen Standards hinaus und werden in der Anlage 1 des AFP konkretisiert und gelten bundeseinheitlich. Für detaillierte Anforderungen sei an dieser Stelle auf den Förderbereich 2 des GAK-Rahmenplans ab 2014 verwiesen (online verfügbar unter: www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Foerderung/GAK-Foerderungsgrundsätze/2014/Foerderbereich2-A-1.0.html).

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

99. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Welche Mitarbeiter/-innen und/oder Vertreter/-innen von Bundesregierung, Bundesministerien, Auslandsvertretungen und untergeordneten Behörden planen, an der Rüstungsmesse IDEX 2013 in Abu Dhabi teilzunehmen, und wie ist der gegenwärtige Stand im jeweiligen Akkreditierungsverfahren (unter Angabe bereits erfolgter Akkreditierungen – auch in Fällen ohne Notwendigkeit einer offiziellen Registrierung)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Christian Schmidt
vom 6. Februar 2013**

Die Rüstungsmesse IDEX 2013 in Abu Dhabi soll von folgenden Gruppen mit dienstlicher Veranlassung besucht werden:

1. Stellvertretend für den Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière wird der Abteilungsleiter für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in Begleitung vom Unterabteilungsleiter Verteidigungs- und Rüstungspolitik im BMVg die Messe besuchen.

Sie werden von zwei Referenten sowie dem deutschen Verteidigungsattaché der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Arabischen Emiraten begleitet. Der Akkreditierungsprozess ist eingeleitet worden.

Stellvertretend für den Generalinspekteur der Bundeswehr wird der Amtschef des Planungsamtes der Bundeswehr in Begleitung eines Mitarbeiters sowie des stellvertretenden deutschen Verteidigungsattachés der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Arabischen Emiraten die IDEX 2013 besuchen. Der Akkreditierungsprozess ist eingeleitet worden.

2. Aus dem Bereich des Auswärtigen Amts beabsichtigen Angehörige der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Arabischen Emiraten in Abu Dhabi die IDEX 2013 zu besuchen. Bislang wurden jedoch keine Registrierungen für eine Teilnahme vorgenommen.

100. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Welche Zusagen hat die Bundesregierung für eine deutsche Beteiligung an der EU-Ausbildungsmission für die malische Armee bereits getätigt, und wann wird diese Ausbildungsmission beginnen (wenn möglich bitte mit geplantem Einsatzort angeben)?
101. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Wird die Bundesregierung für den Einsatz deutscher Soldaten innerhalb der geplanten EU-Ausbildungsmission ein Mandat des Deutschen Bundestages beantragen, und wann soll dieser Antrag gegebenenfalls dem Parlament zur Behandlung vorgelegt werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Christian Schmidt
vom 5. Februar 2013**

Der VN-Sicherheitsrat (VN = Vereinte Nationen) hat am 20. Dezember 2012 einstimmig die Resolution 2085 (2012) angenommen. Hierin hat er seine Forderungen nach einem politischen Prozess in